



Protokoll

Kantonaler Parteitag vom 23. Oktober 2014 im Lindensaal in Zuchwil, Beginn 19.50 – 21.35 Uhr

Stimmberechtigte im Saal: 83, gemäss Mandatskontrolle (siehe Anhang)
Absolutes Mehr: 41
Gäste: 5

Entschuldigt:

Geschäftsleitung: Matthias Eggist, Irene Meier-Reber, Dieter Ulrich,
René Umher
Kantonsratsfraktion: Markus Ammann, Evelyn Borer, Urs Huber, Hardy
Jäggi
Rechnungsprüfungskommission: Fatma Tekol
Fachausschuss: Thomas Flückiger
Schiedskommission:
Sektionen: Joel Mussilier, Bettlach; Ida Boos, Breitenbach;
Gody Wyss, Gerlafingen; Walter Husi, Hägendorf;
Ursula Ulrich, Olten

Geschäftsliste

1. **Eröffnung des ordentlichen Parteitages**
2. **Wahl Stimmzähler/innen**
3. **Genehmigung der Geschäftsliste**
4. **Genehmigung Parteitag-Protokoll vom 21. August 2014**
5. **Beschlüsse zu den Wahlen 2015**
 1. Listenverbindungen
 2. Anzahl Listen
 3. Listengestaltung
6. **Prämienverbilligung - Referendum**

Rede zur geplanten Kürzung (Sparmassnahme) der individuellen Prämienverbilligung um 7 Mio. Franken
Luzia Stocker, Kantonsrätin aus Olten
7. **Kantonale Vorlagen - Parolenfassung**
 1. Gesetz über den Finanz- und Lastenausgleich der Einwohnergemeinden (Finanz- und Lastenausgleichsgesetz, FILAG EG, KRB RG 003a/2014 vom 7. Mai 2014)
Fränzi Burkhalter-Rohner, Kantonsrätin aus Biberist
 2. Steuerungsgrössen im direkten Finanzausgleich (KRB RG 003b/2014 vom 7. Mai 2014)
Fränzi Burkhalter-Rohner, Kantonsrätin aus Biberist
 3. Teilrevision des Energiegesetzes (KRB RG 050/2014 vom 25. Juni 2014).
Fabian Müller, Kantonsrat aus Balsthal

8. Nationale Vorlagen – Informationen

1. Volksinitiative vom 19. Oktober 2012 «Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre (Abschaffung der Pauschalbesteuerung)»
Philipp Hadorn, Nationalrat
2. Volksinitiative vom 2. November 2012 «Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen»
Bea Heim, Nationalrätin
3. Volksinitiative vom 20. März 2013 «Rettet unser Schweizer Gold (Gold-Initiative)»
Roberto Zanetti, Ständerat

9. Varia

1. Eröffnung des Parteitages

Franziska Roth (Präsidentin): Eröffnungsrede

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Gäste. Ich begrüße Euch ganz herzlich zum Parteitag hier im Lindensaal in Zuchwil. Ganz besonders begrüße ich Landammann Peter Gomm, Ständerat Roberto Zanetti, NR Bea Heim, NR Philipp Hadorn, die Medienvertreter von Radio und Zeitung. Für diejenigen, die heute vielleicht zu viele Rossopromille auf einer Seite beim Morgenkaffe bekommen hat, ich entschuldige mich mit einem Augenzwinkern dafür. Auf Facebook folgten denn gleich auch entsprechende Kommentare! Und der oder die eine schickten mir ein nicht ganz ernst zu nehmendes SMS, wie, dass er sich wegen der Roten Roth flächendeckend 30 sich grad grün und blau ärgert. Oder diejenige Freundin die schrieb: Also wenn du innert 24 Stunden an unterschiedlichen Orten so viele Reden hältst, dann schaffst du das sicher nicht, wenn du nur 30 fahren kannst! Ja, es war eine strenge Woche! Reden hier, reden da. Debattieren, verneinen, bejahen, antworten und selber Fragen stellen! Als Präsidentin einer Kantonalpartei ist Frau viel unterwegs, sagt einiges aus roter Sicht ohne H und vieles aus Rother mit H. Doch, so dachte ich heute Morgen: Zum Glück gibt es die Medien, denn:

Wie soll ich wissen, was ich meine, bevor ich nicht gelesen habe, was die Zeitungen schreiben!

SP für flächendeckend Tempo 30!

So der Untertitel in der SZ heute bei der Berichterstattung. Hoppla, haben wir darüber abgestimmt? Fragt sich jetzt sicher subito der Genosse der nicht an dem Podium teilnahm oder die Genossin, welche vielleicht an der letzten Parteiversammlung nicht hier war. Und nur die Genossinnen und Genossen, die dann weiter lesen, erfahren, dass nicht die Partei sondern Franziska Roth auf die Einstiegsfrage von der Moderatorin: Wer von den Anwesenden nochmals für Flächendeckend 30 Stimmen würde, so denn die Abstimmung von 2001 wiederholt würde. Mit einem klaren JA geantwortet hat. Es ist manchmal schon zum Davonlaufen, wie man zitiert oder gar interpretiert wird, wenn man öffentlich hinsteht. OK, OK Anwesende Journalistinnen und Journalisten sind

natürlich ausgenommen, sonst wird mich Andrea Affolter vom SRF odervon der SZ böse angucken.

Aber, Davonlaufen, aufgeben ist nicht unsere Art. Und mehrheitlich steht ja eine ausgewogene fundiert recherchierte Berichterstattung. So kann und will ich hier nochmals bestätigen, was ich am 14.10. gelesen habe: Die SP. Trotz vieler Niederlagen lanciert die Partei ständig neue Initiativen. Doch die 1888 gegründete Partei lässt sich nicht leicht unterkriegen.



Und die Medien attestieren uns, dass Immerhin über unsere Initiativen Druck auf Wirtschaft und Parlament ausgeübt wurde, so dass spürbare Verbesserungen für alle statt für Wenige die Folge sind. Die Mindestlöhne stiegen im Zuge der Kampagne, die grössten Fehlanreize im Wettbewerb der Krankenkassen wurden ausgemerzt.

Und weil sie wissen, dass wir die Partei sind, die sich am authentischsten für die Gleichstellung einsetzt, schreiben sie auch nicht bloss: Wir seien Stehaufmännlein, sondern auch Stehaufweiblein.

Ja, Wir sind Routiniers und können Niederlagen ohne Polemische Hetze und grässlicher Forderungen wegstecken und mit neuen Projekten unser Kernthema Verteilgerechtigkeit unbeirrt zu Gunsten aller weiter anvisieren. Wir werden die Wiedergeburt

des Machotums und der von den Rechten geforderten Herrschaftsform wo gefährlich zwischen Demokratie und Diktatur durch einzelne Parteiköpfe liegt. Liebe Genossinnen und Genossen: Die Humanitäre, offene und somit die selbstbewusste Schweiz braucht uns unverwüstlichen, robusten Roten! Wir Roten haben nicht nur eine Meinung, wir haben auch ein Gefühl für alle statt für Wenige.

Nehmen wir uns die Worte von Bert Brecht vor Augen und schauen wir, dass wir dagegen wirken, denn Brecht sagt: Die Bürger werden eines Tages nicht nur die Worte und Taten der Politiker zu bereuen haben, sondern auch das furchtbare Schweigen der Mehrheit. Mit unserer Stimme, mit unserem Reden, mit dem von dir und mir bekämpfen wir das Schweigen! Politisch gesehen ist Reden immer Gold und Schweigen nicht einmal Bronze!

Der Parteitag ist eröffnet. (Applaus)

Stefan Hug, Gemeindepräsident (SP) Zuchwil:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ihr habt möglicherweise recht, das Mitmachen des Präsidenten der viert grössten Gemeinde des Kantons wäre ein MUSS, z.B. bei der Kantonalpartei, oder zumindest in der Amteipartei, aber auch im Rathaus ist er nicht anzutreffen. Es wäre sich zu überlegen ob er nicht



auch nach Bern gehört. Was macht er denn der zu 100% angestellte Gemeindepräsident? Heute z.B. war der Versand für die nächste Gemeinderats-sitzung. Ich wette mit euch, diese A-4 Couverts waren diesmal so dick wie bei einer Kantonsratssession. Die ganz Rechten in unserer Gemeinde wollen, dass wir uns vom Zentrum für das Kind zurückziehen. Sie sagen auch, dies koste nur und deshalb ziehen die Menschen von Zuchwil weg. Ich sage euch das Gegenteil trifft zu. Das KIUZU ist für die Gemeinde ein Leuchtturmprojekt, es lohnt sich und ich setze mich dafür ein – auch dies ist mein Job. Ähnliches haben sie mit dem Sportzentrum vor, sie wollen es verkaufen. Wir wollen das Sportzentrum festigen und dafür braucht es viele Sitzungen und Aussprachen. Auch arbeite ich zurzeit sehr intensiv am Projekt River Site. Ein Quartier soll da entstehen, wo früher 2'500 Menschen eine Arbeitsstelle (ehemals Sulzer) hatten. Dieses soll wieder mit neuen Arbeitsstellen und Wohnraum belebt werden - ein weiteres Leuchtturmprojekt mit grosser Ausstrahlung gegen aussen. Im kommenden Jahr werde ich auch dafür sorgen, dass Solothurn mit drei weiteren

Gemeinden nach Zuchwil kommt (Lacher), gut, die neue Stadt wird dann immer noch Solothurn heissen. Habt ihr gewusst, dass Zuchwil auch energiebezogen an der Zukunft arbeitet. Beim Hybridwerk der Regio Energie Solothurn treffen in der Aarmatt Strom, Gas und Fernwärme aufeinander. Mit dem üppig vorhandenen Solarstrom um die Mittagszeit will man dereinst künstliches Gas produzieren. Dann ist ja auch noch das Tagesgeschäft in der 9000-Seelengemeinde mit kleineren und grösseren Verpflichtungen, Anfragen usw. Ich hoffe es ist mir gelungen euch aufzuzeigen, warum es den Gemeindepräsident in der heutigen Zeit voll und ganz für die Gemeinde braucht. Ab und zu darf er aber auch besondere Gäste begrüssen, deshalb heisse ich euch herzlich willkommen hier im Lindensaal in Zuchwil. Ich bin jetzt schon gespannt zu erfahren was in der grossen Welt ausserhalb von Zuchwil alles passiert. Ich wünsche euch einen schönen Abend.

Applaus

Franziska Roth bedankt sich bei Stefan Hug für die Begrüssungsworte.

2. Bestellung der Stimmzähler/innen

Als Stimmzähler sind vorgeschlagen:

Tischreihe 1:	Jürg Ottiger
Tischreihe 2:	Doris Hirt
Tischreihe 3:	Ruedi Heutschi
Tischreihe 4:	Philipp Jenni

Beschluss: Die Stimmzähler werden einstimmig gewählt.

Applaus.

3. Genehmigung der Geschäftsliste

Franziska Roth stellt die rechtzeitig zugestellte Geschäftsliste zur Diskussion.
(Keine Wortbegehren)

Antrag Geschäftsleitung: Zustimmung

Beschluss: Die Delegierten genehmigen einstimmig die Geschäftsliste für den Parteitag vom 23. Oktober 2014

4. Genehmigung Protokoll vom 21. August 2014 in Solothurn

Franziska Roth stellt das Protokoll zur Diskussion. (Keine Wortbegehren)

Antrag Geschäftsleitung: Zustimmung

Beschluss: Die Delegierten genehmigen einstimmig das Protokoll des Parteitages vom 21. August in Solothurn.

Franziska Roth bedankt sich beim Parteisekretär für das Verfassen des Protokolls.

5. Beschlüsse zu den Wahlen 2015

- 1. Listenverbindungen
- 2. Anzahl Listen
- 3. Listengestaltung

Franziska Roth:

Im Zusammenhang mit den Wahlen möchten wir die Delegierten über drei wichtige Fragen entscheiden lassen. Die GL stellt drei Anträge wie auf der Folie zu Handen der Delegierten.

1. Antrag: Listenverbindungen

Gemäss Statuten entscheiden die Delegierten über den Abschluss von Listenverbindungen. Diese Verhandlungen sind immer noch im Gang. Definitiv ist noch nichts, aber wir brauchen den Verhandlungsspielraum und möchten die Delegierten bitten für den Abschluss von Listenverbindungen die Kompetenz der Geschäftsleitung zu übertragen.

Antrag der GL: Kompetenzübertragung für den Abschluss von Listenverbindungen für die Wahlen vom 18. Oktober 2015 von den Delegierten an die Geschäftsleitung.

Diskussion:

Hans Bieri: Kann man schon mitteilen in welche Richtung es bei den Listenverbindungen geht oder gehen soll?

Franziska Roth: Das Ziel ist sicher mit den Grünen zu einem erfolgreichen Abschluss zu kommen. Aber unsere Strategen sind auch in Gesprächen mit der EVP und der glp verwickelt. Wobei die glp über die Zeitung bereits hat verlauten lassen, dass eine Verbindung mit der SP aus ihrer Sicht nicht in Frage kommen. Für die SP steht jedoch eine ehrliche Ehe mit den Grünen im Vordergrund.

Beschluss:

Die Delegierten stimmen dem Antrag der Geschäftsleitung einstimmig zu.

Besten Dank für das Vertrauen. Wir werden euch auf dem Laufenden halten.

2. Antrag: Anzahl Listen

Auch dieser Antrag ist auf der Folie und per Post zugestellt worden. Wir möchten mit zwei Stammlisten und einer SP60+-Liste an den Wahlen teilnehmen. Die 2 Stammlisten haben sich bewährt. Falls sich genügend Kandidierende zur Verfügung stellen, ist die Geschäftsleitung der Meinung, dass mit 12 Kandidierenden ein besseres Resultat erzielt werden kann als mit 6 Kandidierenden auf einer Liste. Als Ergänzung zur traditionellen Liste möchte die GL ebenfalls mit 1-2 SP60+ Listen das Wählerspektrum breiter abholen. Die Jungparteien haben zudem angekündigt mit 2 Listen an den Wahlen teilzunehmen. Die GL ist sich bewusst, dass für den Erhalt der 2 SP-Mandate enorme Anstrengungen notwendig sein werden. Eine davon, sind möglichst viele Kandidierende aufzustellen. Die SP60+ Mitglieder wurden persönlich angeschrieben. Einige Rückmeldungen sind bereits eingegangen, meist positiv und bereits einige spontane Zusagen.

Antrag der GL: Die Geschäftsleitung der SP Kanton Solothurn stellt den Delegierten den Antrag, bei den Nationalratswahlen mit 2 Stamm SP-Listen und 1-2 SP60+ Listen teilzunehmen.

Diskussion:

Silvio Marocco: Diese Idee finde ich sehr gut und als SP60+ - Mitglied bin ich damit einverstanden. Aber, diese Kandidierenden sollen sich dann auch bitte genügend Zeit nehmen für den Wahlkampf und auf die Strasse gehen, an den Anlässen teilnehmen usw.

Franziska Roth: dies war ein ganz wichtiges Votum und ich bin sicher, dass die Kandidierenden sich für die Partei einsetzen.

Beschluss:

Die Delegierten stimmen dem Antrag der Geschäftsleitung einstimmig zu.

3. Antrag: Listengestaltung

Das Model von 2011 mit Nord-Ost (Thal-Gäu, Dorneck-Thierstein, Olten-Gösgen) und Süd-West (Solothurn-Lebern, Bucheggberg-Wasseramt) hat sich überwiegend bewährt.

Antrag der GL: Die Geschäftsleitung der SP Kanton Solothurn stellt den Delegierten den Antrag die Listengestaltung erneut nach regionalen Kriterien zu vollziehen.

Diskussion: keine

Beschluss:

Die Delegierten stimmen dem Antrag der Geschäftsleitung einstimmig zu.

Vielen Dank für das Vertrauen.
Applaus

6. Prämienverbilligung - Referendum

Rede zur geplanten Kürzung (Sparmassnahme) der individuellen Prämienverbilligung um 7 Millionen Franken.

Luzia Stocker, Kantonsrätin aus Olten

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Angekündigt ist ja eine Rede, das ist ein grosses Wort und eigentlich will ich euch nur kurz aufzeigen, warum wir das Referendum ergriffen haben.

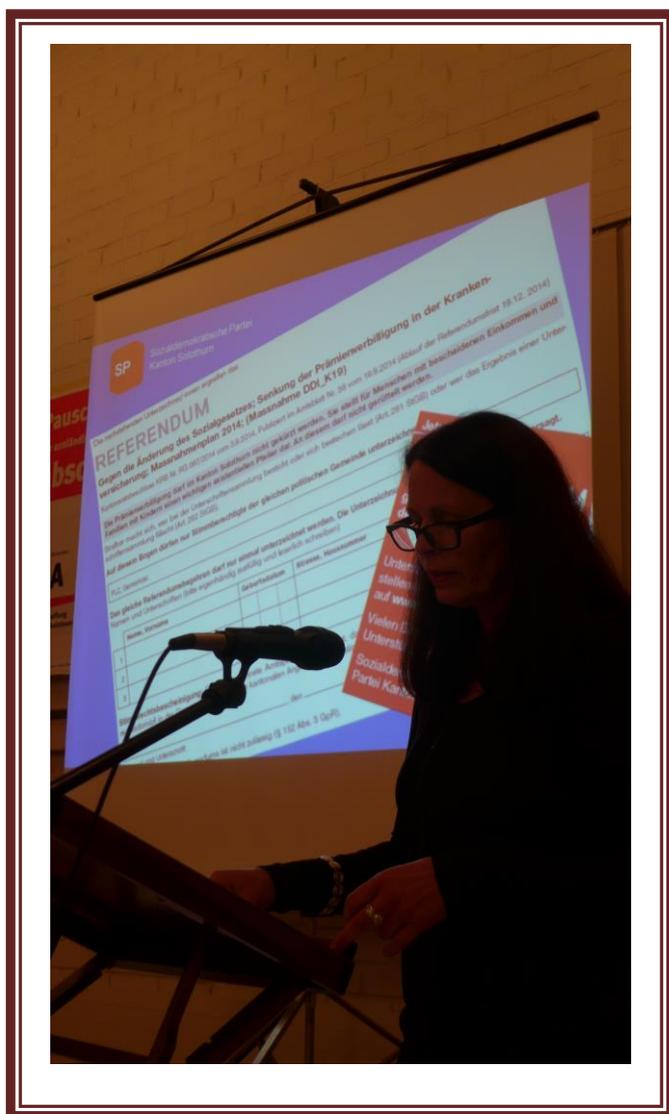
Die Gesundheitskosten steigen unaufhörlich. Die Prämien der Krankenversicherung sind davon nur ein Teil, aber ein gewichtiger. Trotz aller Versprechungen, die wir im Zusammenhang mit der Abstimmung der Einheitskasse hören

durften, spielt der Markt zugunsten der Kassen und die Prämien steigen weiter. Eben wurden wieder die ersten Prognosen erstellt, wie viele Prozente es denn diesmal sein sollen – 8, 10 oder gar 15 Prozent Prämienhöhung.

Das Gesundheitswesen ist eine komplexe Geschichte. Das wissen wir alle.

Auf diesem Hintergrund ist das Prämienverbilligungsmodell ein wichtiges, schnell und direkt wirkendes Mittel um das Budget von Familien mit Kindern, jungen Menschen im Studium oder in der Berufsausbildung, Rentnerinnen und Rentnern mit geringem oder knapp genügendem Einkommen, das durch die hohen Krankenkassenprämien zusätzlich stark belastet wird, wirksam zu entlasten. Gleichzeitig wird damit auch die Kaufkraft gestärkt. Es ist eines der am schnellsten und wirksamsten Mittel um vor allem Familien und Einzelpersonen mit knappen finanziellen Ressourcen zu entlasten.

Sie stellt ein zielgerichtetes und nachhaltiges Instrument für die Entlastung dar. Und sie wird regelmässig durch ein schweizweites Monitoring – eine Studie über die sozialpolitische Wirksamkeit



der Prämienverbilligung – überprüft. Die Wirksamkeit der Prämienverbilligung ist also belegt und somit unbestritten.

Der Kanton Solothurn richtet mit seinem Prämienverbilligungsmodell nur das vom Bund gesetzlich geforderte Minimum aus. Das vom Bund angestrebte sozialpolitische Ziel, dass die finanzielle Belastung von Familien und Einzelpersonen im Gesundheitsbereich 8 % der Ausgaben nicht überschreiten soll, wird seit langem klar nicht erreicht. Die Prämienbelastung beträgt 10 bis 12 %, je nach Modell sogar 14 bis 16 % vom Haushaltsbudget.

Im März 2009 forderte die SP Kanton Solothurn mit einer Initiative die Verbesserung der Prämienverbilligungsbeiträge im Kanton. Der Regierungsrat war mit einem Gegenvorschlag bereit eine Verbesserung anzustreben, der Kantonsrat stimmte dem aber nicht zu. Nun sind wir 5 Jahre weiter und kämpfen nicht um eine Verbesserung sondern gegen eine noch grössere Verschlechterung der Prämienverbilligung.



Mit der angekündigten Kürzung werden wir unter das schweizerische Mittel fallen, weil weniger Personen erreicht und finanziell entlastet werden können.

Als Teil des Massnahmenpakets des Kantons Solothurn soll nun der Betrag für die Prämienverbilligung nicht nur nicht erhöht sondern deutlich gesenkt werden. Im Zuge der Sparmassnahmen schlug der Regierungsrat vor, den Kantonsbeitrag massiv zu kürzen. Beantragt wurde sowohl die Kürzung des zur Verfügung stehenden Betrages als auch die Senkung der Obergrenze der bezugsberechtigten Familien und Einzelpersonen. In Zahlen ausgedrückt: Der im Sozialgesetz fixierte Satz von 80 % des Bundesbeitrags soll um 10 % auf 70 % gekürzt werden. Das Modell der Prämienverbilligung wird so angepasst, dass 7 Millionen Franken jährlich eingespart werden können. Der für die Prämien-

verbilligung frei verfügbare Betrag wird zudem sowieso jedes Jahr geringer, weil ein grosser Anteil an die Bezügerinnen und Bezüger von Ergänzungsleistungen, von Sozialhilfe und an die Verlustscheinbewirtschaftung fliesst. Und dieser freiverfügbare Teil soll nun also massiv gekürzt werden!



Das bedeutet, dass der finanzielle Handlungsspielraum von Familien mit Kindern und jungen Erwachsenen mit knappen finanziellen Ressourcen sich bei Null einpendeln wird. Nebst anderen Anspruchsgruppen werden vor allem Familien mit Kindern und jungen Erwachsenen in Ausbildung gestraft. Leben diese noch zu Hause wird das Familienbudget durch die zusätzliche erwachsenen KVG-Prämie arg strapaziert. Wenn beide Elternteile arbeiten und die Obergrenze des Prämienverbilligungsmodells überschreiten, was bei einer anvisierten Obergrenze von CHF 60.000.00 bald möglich ist, erhalten sie keine Verbilligung der obligatorischen Versicherung mehr. Auch dann nicht, wenn das Familieneinkommen kaum den Lebensbedarf deckt, die Ausgaben aber munter steigen. Nicht berücksichtigt wird dabei nämlich oft, dass die Krankenversicherungsprämien ja nicht der einzige Ausgabenposten im Gesundheitsbereich ist. Die Aufwendungen für Franchise, Selbstbehalte, allfällige Kosten für präventive Behandlungen, Medikamente und nicht zu vergessen die Kosten für Zahnbehandlungen und auch hier die wichtige Prävention bei Kindern und Erwachsenen sind ebenfalls zu berücksichtigen.

Wir leisten mit dieser Sparmassnahme diesen Anspruchsgruppen und vor allem den Familien vom unteren Mittelstand, einen Bärendienst. Mit der geplanten Kürzung der Mittel und der Senkung der Obergrenze der Bezugsberechtigten werden genau diejenigen Personen gestraft, die eh schon in knappsten finanziellen Verhältnissen leben. Also ein Sparen auf dem Buckel derjenigen, die schon wenig haben. Das darf und kann nicht sein!

Wir haben uns sowohl in der SOGEKO als auch im Parlament gegen diese unsoziale Massnahme gewehrt, leider ohne Erfolg.

Argumentiert wurde mit der Beibehaltung den Ergänzungsleistungen für Familien und mit den Familienzulagen. Aus Sicht der bürgerlichen Mehrheit genüge das zur Entlastung, auch von Familien mit bescheidenen finanziellen Mitteln. Für sie sei damit genug getan und es müssen halt alle die finanziell schwierige Lage des Kantons mittragen.

Die Verteidigung des Status Quo in der Prämienverbilligung ist uns im Rahmen der kantonsrätlichen Debatte also nicht gelungen. Deshalb müssen wir uns rüsten zum Kampf. Das Referendum der SP Kanton Solothurn soll bewirken, dass über die unsoziale Massnahme das Stimmvolk bestimmen kann.

Damit das Referendum zu Stande kommt und wir so die Chance erhalten, diese unsoziale Kürzung zu verhindern, müssen wir Gas geben. Wir müssen mit Standaktionen auf die Strasse, mit Leserbriefen in die Zeitungen und wir müssen die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger dazu bringen, die Senkung des Prämienverbilligungsbeitrages abzulehnen. Wir alle sind gefordert, uns dafür einzusetzen, dass nicht auf dem Buckel der einkommensschwachen Familien gespart wird. Deshalb bitte ich euch, euch aktiv an der Unterschriftensammlung zu beteiligen. Vor allem die Sektionen möchte ich auffordern, kurzfristige Sammelaktionen zu organisieren. Zusammen schaffen wir das!

Im Namen des Referendumskomitees danke ich euch für euren Einsatz ganz herzlich!

Applaus

Diskussion: keine

Beschluss: keine Beschlüsse

Franziska Roth bedankt sich für die wichtigen Informationen und den Aufruf beim Sammeln mitzuhelfen.

7. Kantonale Vorlagen - Parolenfassung

1. Gesetz über den Finanz- und Lastenausgleich der Einwohnergemeinden (Finanz- und Lastenausgleichsgesetz, FILAG EG, KRB RG 003a/2014 vom 7. Mai 2014)
2. Steuerungsgrössen im direkten Finanzausgleich (KRB RG 003b/2014 vom 7. Mai 2014)

Fränzi Burkhalter-Rohner, Kantonsrätin aus Biberist

Liebe Genossinnen und Genossen. Ja zum neuen Finanzausgleich und den Steuergrössen – SP gab den Anstoss! Warum kommt es zur Abstimmung am 30. November 2014?

Im Jahr 2006 forderte die Fraktion SP/ Grüne, dass im Kanton Solothurn der Finanzausgleich und die Aufgaben zwischen Kanton und den Gemeinden neu gestaltet werden sollen. Als Vorlage sollte der NFA des Bundes dienen. Dies wurde im Wesentlichen so umgesetzt. Eine Ausnahme bildet der Ausgleich der Sozialkosten. Hier werden in einer Arbeitsgruppe Vorschläge erarbeitet und präsentiert werden. Vielleicht werden in einem weiteren Schritt auch die Aufgaben noch besser entflechtet.

In der parlamentarischen Debatte war die Neugestaltung des Finanz- und Lastenausgleichs (NFA SO) grossmehrheitlich unterstützt, einzig die SVP und einige Vertreter einzelner (reichen) Gemeinden oder von Olten waren dagegen. Aufgrund des Gemeindereferendums kommt es nun zu dieser Abstimmung.

Wie wird der Finanzausgleich funktionieren?

Bisher wurde der Ausgleich zwischen den Gemeinden zu einem kleinen Teil über die direkten Zahlungen gemacht. Wesentlich war die indirekte Steuerung über die Subventionierung der Löhne der Lehrpersonen. Dies wird nun überführt in ein gerechteres System, das im Wesentlichen aus drei Elementen besteht:

- Im Ressourcenausgleich wird die Finanzkraft der Gemeinden bis zu einem bestimmten Grad ausgeglichen. Ein möglicher Ressourcenausgleich kann über den Ausgleich unter den Gemeinden und einen kantonalen Ausgleich für finanzschwache Gemeinden im Sinn einer Mindestausstattung ausgestaltet werden.
- Im Lastenausgleich werden drei verschiedene Arten unterschieden:
 - geographisch-topographischer Ausgleich (die Fläche und die Strassenlänge pro Kopf)
 - sozio-demographische (Ausländer- und Ergänzungsleistungsquote)
 - Zentrumslasten (Freizeit- und Kulturangebote, die auch von umliegenden Gemeinden genutzt werden)



- Mit der Schülerpauschale erhalten alle Gemeinden pro Schulkind einen Beitrag und es werden noch besondere Bedürfnisse in Form der Lektorenpauschale (z.B. Deutsch für Fremdsprachige, Bedarf an Spezieller Förderung) berücksichtigt und abgegolten.

Gibt es Korrekturmöglichkeiten?

Jedes Jahr legen der Kantons- und Regierungsrat die Steuergrössen fest. Es kann schnell auf sich verändernde Situationen reagiert werden. Eine weitere Kontrolle, welche Auswirkung die Neugestaltung des Finanzausgleichs haben wird, wird der Wirksamkeitsbericht alle vier Jahre aufzeigen. Damit soll eine mögliche Fehlentwicklung mit falschen Anreizen möglichst schnell erkannt werden, so dass Korrekturen eingeleitet werden können.

Was ist von den Zahlen und Prognosen zu halten?

Die Streuung der Steuersätze von 60 – 150% wird nicht mehr so breit sein, die ressourcenstarken Gemeinden werden in Zukunft mehr bezahlen müssen. Diese Solidarität ist wichtig und zumutbar. Denn nicht jede Gemeinde hat die gleiche Möglichkeit ihre Einnahmen zu verbessern. So sind z.B. kleinere ländliche, abgelegene Gemeinden meist weniger attraktiv für Firmen, als eine Gemeinde direkt an der Autobahn oder die Vorgaben der Raumplanung wirken sich (bewusst) einschränkend aus.

Natürlich möchte jede Gemeinde und Stadt wissen, wieviel sie erhalten resp.



bezahlen wird. Dies wurde anhand der Zahlen von 2012 durchgerechnet und bekannt gegeben. Das kann einen Anhaltspunkt geben. Inzwischen hat sich vor allem in Olten durch die Veränderung der Alpiq-Erträge die finanzielle Situation verändert. Darum wird wesentlich sein, wie die Berechnungen im zweiten Quartal 2015 mit den aktuellen Zahlen ausfallen werden. Erst mit diesen Zahlen wird bekannt sein, wer welchen Beitrag bezahlt oder erhält. So dass sie rechtzeitig in die Budgetberechnungen der Gemeinden einfließen können.

Der Systemwechsel wird mit einer vierjährigen Übergangsfrist eingeführt, so dass durch den Härtefallausgleich die Gemeinden eine Sicherheit haben und der Übergang abgefedert werden kann.

Welche Vorteile bringt dieser neue Finanz- und Aufgabenausgleich?

Dieser NFA SO ist ein dynamisches und differenziertes Modell. Die wesentlichen und für uns relevanten Faktoren werden beachtet.

Auch den ressourcenschwachen, kleineren oder mittleren Gemeinden soll ermöglicht werden, dass sie ihre Aufgaben wahrnehmen können.

Mit der Schülerpauschale wird das Abrechnungsverfahren für die Gemeinden und den Kanton vereinfacht. Durch den Abbau unnötiger Bürokratie werden Kosten gespart.

Applaus

Diskussion:

Hans Bieri: wer wird das Monitoring machen? **Fränzi Burkhalter:** zum grössten Teil wird dies das Departement erheben. **Peter Schafer:** liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist wohl kein Wunder dass ich mich als Vertreter der Stadt Olten zu Wort melde. Ich war auch in der Fraktion der einzige der zum neuen Finanzausgleich nein gesagt hat, dies weil ich der Meinung bin dass dieser das System verschlimmbessert. Die starken Gemeinden werden geschwächt und die Schwachen werden nicht gestärkt. Es werden falsche Anreize geschaffen und ihre Situationen nicht verbessert. Der NFA ist ein finanzieller Blindflug, denn bis zum Herbst 2015 weiss niemand genau wie hoch die neuen Finanzzahlen effektiv sein werden. Damit bekommen wir die Katze im Sack. Der NFA ist masslos und viele Gemeinden müssen mit höheren Steuerbeträgen rechnen. Er könnte aber auch für den Kanton zu einem Fass ohne Boden werden. Der NFA ist auch kontraproduktiv, er könnte zu einem Schulsterben in den kleinsten Gemeinden führen. Die Wirtschaftszentren werden geschwächt und mit ihnen der ganze Kanton. Ich möchte daran erinnern, Olten ist 1 km von der Aargaugrenze entfernt, auf eidgenössischer Ebene stehen Reformen an und im Kanton Baselland hat sich genau dieser NFA nicht bewährt. Der NFA verpasst die Chance für einen fairen Ausgleich zu sorgen, dies im Interesse der schwachen wie auch der starken Gemeinden. Attraktive Gemeinden müssen die Steuern erhöhen und verlieren dadurch gute Steuerzahlende an die Nachbarkantone. Dies führt dazu, dass wir am Schluss alle verlieren werden. Olten ist und bleibt eine Gebergemeinde und zahlt heute ca. 2,5 Millionen Franken in den Finanzausgleich. Wir vermuten dass unsere Zahlungen jährlich steigen werden. Dies zwingt Olten zu sparen – dies genau dort wo es die SP nicht will: bei der Freiwilligenarbeit, bei der Jugend, beim Alter, in der Kultur, bei der Freizeit und Sport, aber auch bei neuen Projekten. Dies sind alles Themen die auch Auswirkungen in den Regionen haben. Olten ist ein verlässlicher Partner, zahlt seinen Beitrag an die Fachhochschule, an die Entlastungsstrasse Region Olten – aber diesen NFA verträgt es nicht mehr. Es würde mich freuen wenn möglichst viele zum NFA Nein stimmen würden. (Applaus). **Karl Tanner:** als Präsident der Nachbargemeinde muss ich doch noch etwas sagen und votiere ganz klar für ein Ja. Der NFA ist ein neues Instrument und alles was neu

ist kommt einem manchmal suspekt vor. Aber der NFA ist sehr transparent und es wissen alle was sie damit bekommen. Deshalb ist es ganz wichtig dass wir vom indirekten Finanzausgleich wegkommen. Die neu vorgesehenen Schülerpauschalen sind als Ersatz dafür zu werten. Der NFA ist transparent und braucht für ein Miteinander ein klares Ja (Applaus). **Daniel Thommen:** auch die Gemeinde Starrkirch-Wil ist eine Gebergemeinde und trotzdem unterstützen wir den NFA und damit auch die Haltung von Karl Tanner. Wir haben viele Kinder, heute sind wir dadurch im FA gestraft. Unser Budget für die Bildung beträgt 3 Mio. Franken, dies in einer Gemeinde mit 1'700 EW. Wenn der NFA durchkommt, müssen wir im Herbst ca. 10% mit den Steuern rauf, wenn er abgelehnt wird werden es + 15% sein. Beim NFA handelt es sich um eine staatspolitische sehr wichtige Vorlage, daraus einen Entscheid aus dem Bauch heraus zu fassen, wäre verheerend. Ein Ja sichert uns allen, über Jahre hinweg ein gutes, faires und transparentes System im Finanzausgleich. Ich bitte alle das Ja zu unterstützen (Applaus).

Antrag der Geschäftsleitung:

Die Geschäftsleitung der SP Kanton Solothurn empfiehlt den Delegierten zweimal die JA-Parole

Beschluss:

Die Delegierten beschliessen grossmehrheitlich bei 4 Gegenstimmen und 1 Enthaltung 2x die JA-Parole

Franziska Roth bedankt sich bei Fränzi Burkhalter für die Präsentation (Applaus).

3. Teilrevision des Energiegesetzes (KRB RG 050/2014 vom 25. Juni 2014).

Fabian Müller, Kantonsrat aus Balsthal

Liebe Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, vor fast einem halben Jahr bin ich auch an einem Parteitag vor euch gestanden und habe für ein Ja zur zur Änderung des Energieartikels in der kantonalen Verfassung geworben. Mit mehr als 58% Ja-Stimmen hat die Solothurner Bevölkerung diese Verfassungsänderung am 18. Mai angenommen. Dies im Interesse sparsamer Energieverbrauch, effizienterer Energienutzung, der Förderung erneuerbarer Energien sowie für die dezentralen Energieversorgung.

Am 30. November stimmen wir im Kanton Solothurn über eine weitere energiepolitische Vorlage ab. Auch diese ist geprägt vom Einsatz und Engagement der SP Fraktion. Der entsprechende SP-Auftrag wurde im Kantonsrat mehrheitlich angenommen und daraufhin hat der Regierungsrat die nun vorliegende Botschaft ausgearbeitet.

In der Schweiz sind zurzeit noch ca. 167'000 Elektroheizungen in Betrieb und im Kanton Solothurn ca. 4'200. Unter den verschiedenen Energieträgern die für

die Gewinnung von Heizenergie zur Anwendung kommen, ist die ortsfeste elektrische Widerstandsheizung die am wenigsten effizienteste. Elektroheizungen sind ein energiepolitisches Auslaufmodell. Ihr Anteil am schweizerischen Stromverbrauch ist immer noch sehr hoch. Im Winterhalbjahr verbrauchen alle Elektroheizungen zusammen ca. 1/6 vom gesamten Schweizer Stromverbrauch. Dies ist in etwa so viel wie die drei ältesten Atomkraftwerke zusammen produzieren. Bei den Elektroheizungen ist somit ein enormes Stromsparpotential vorhanden. Der Ersatz mit effizienteren Heizsystemen wie z.B. Wärmepumpen, Pellet- oder Feuerungen würde zu beträchtlichen Einsparungen führen. Genau dies fordert die Gesetzesrevision. Neuinstallationen von ortsfesten elektrischen Widerstandsheizungen wären künftig nicht mehr möglich und bestehende ortsfeste elektrische Widerstandsheizungen müssen bis Ende 2030 ersetzt werden.



Strom ist zu wertvoll um einfach in Wärme umgewandelt zu werden. Es stehen genügend Alternativen zur Verfügung. Die nun vorliegende Teilrevision leistet einen Beitrag zur langfristigen Versorgungssicherheit und damit zum Wohlstand im Kanton Solothurn. Zudem ist vorgesehen dass in Härtefällen Ausnahmelösungen möglich sein müssen. So werden z.B. ältere Hausbesitzer nicht gezwungen die Heizungen zu ersetzen wenn sie dies nicht finanzieren können. Zu den Ausnahmen die im Gesetz vorgesehen sind gehören alle Komfortheizungen, Bodenheizungen in Räumen mit geringer Nutzung, mobile Elektroöfen, sowie Heizungen in Kirchen und Clubhäusern.

Beim Ersatz von Elektroheizungen sprechen wir jedoch nicht nur von Stromeinsparungen, sondern auch davon, dass die Gesetzesänderung auch für das Gewerbe vorteilhafte Auswirkungen haben wird. Die Nutzung von einheimischen Ressourcen wie Holz, Biogasanlagen zur Wärmeerzeugung, Fern- und Erdwärme, Wasser- und Windkraft sowie Sonnenkollektoren bringen zahlreiche Aufträge für das regionale Gewerbe. Solothurner Unternehmen in den Bereiche Holzverarbeitung, Wärmedämmung, bauliche Sanierungen sowie Wärmegewinnung profitieren von der Umsetzung des Energiegesetzes. Die Wertschöpfung bleibt im Kanton. Gerade deswegen sagen auch zahlreiche KMU-

Vertreter und die Unternehmerinitiative Neue Energie Solothurn JA zur Gesetzesänderung.

Die Teilrevision vom kantonalen Energiegesetz ist eine breit abgestützte Vorlage. Der Regierungs- und Kantonsrat befürworten sie genauso wie Politikerinnen und Politiker aus fast allen politischen Lagern. Die JA-Allianz ist breit: Mieterinnen- und Mieterverband Solothurn, der Hausverein Mittelland und zahlreiche Unternehmerinnen und Unternehmer, gehören genauso dazu wie die 2000-Watt-Region oder auch Pro Natura, VCS, WWF und NWA Solothurn. Auch der Bürgergemeinden und Waldeigentümer Verband Kanton Solothurn hat die Revision in der Vernehmlassung vorbehaltlos unterstützt.



Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, der günstigste Strom ist der, der nicht produziert werden muss. Mit dieser Vorlage gehen wir in die richtige Richtung. Das Potenzial einer Kombination effizienter Energienutzung und sparsamer Energieverbrauch ist gewaltig. Wenn wir wirklich sparsam, effizient und nachhaltig mit den Ressourcen umgehen wollen, dann müssen wir jetzt rasch auf diese Stromfresser verzichten. Es stehen genügend effizientere Heizalternativen zur Verfügung. Machen wir mit einem Ja am 30. November einen weiteren Schritt in eine sichere, erneuerbare und sparsame Energieversorgung und stimmen mit Überzeugung für die Gesetzesrevision. (Applaus)

Diskussion:

Mario Ruetsch: Wer entschädigt Menschen die vor Jahren tausende von Franken investiert haben und kein Verteilsystem im Haus haben? **Fabian Müller:** Spezifische Entschädigungen sind nicht vorgesehen. Aber bei Härtefällen

sind wie erwähnt Ausnahmen möglich. Und bei Neuinstallationen von Systemen mit erneuerbarer Energie werden Beiträge zugesichert.

Antrag der Geschäftsleitung:

Die Geschäftsleitung der SP Kanton Solothurn empfiehlt den Delegierten zweimal die Parole zur Teilrevision des Energiegesetzes.

Beschluss:

Die Delegierten beschliessen einstimmig bei 3 Enthaltungen die JA-Parole

8. Nationale Vorlagen

1. Volksinitiative vom 19. Oktober 2012 «Schluss mit den Steuer-privilegien für Millionäre (Abschaffung der Pauschalbesteuerung)»

Philipp Hadorn, Nationalrat

Liebe Genossinnen und Genossen, die SP setzt sich ein für mehr Steuergerechtigkeit und für ein einfacheres und transparentes Steuersystem.

Grundsätze einer sozialdemokratischen Steuerpolitik für alle statt für wenige:

1. Es braucht ein **einfacheres** und **transparenteres** Steuersystem, weil immer Besserverdienende und Steuerberater von komplizierten Gesetzen profitieren.
2. Arbeit und Kapital sollen weniger besteuert werden als Kapital und Energie. (Ist heute nicht so)
3. Alle **Einkommen** und **alle Gewinne** inklusive Kapitalgewinne und Erbschaften müssen versteuert werden.
4. Es braucht nicht mehr Steuern, sondern **weniger Ausnahmen** und **keine Schlupflöcher**.
5. Es braucht eine Steuerpolitik für die **nächste Generation**, das verbietet leere Kassen.
6. Es braucht **keinen Sonderweg**, sondern eine europakompatible Steuerpolitik.
7. Es braucht auch eine **internationale Steuergerechtigkeit** und eine Kooperation für eine Besteuerung aller Akteure und Einnahmen bzw. Vermögen weltweit.

Bevor wir genauer auf die Vermögensverteilung und die Frage nach ihrer Gerechtigkeit eingehen, rekapitulieren wir nochmals, welchen Zweck Steuern im Allgemeinen überhaupt haben(sollten).

Zweck von Steuern:

Fiskalzweck: Hauptsächlichster Zweck der Steuern ist die Deckung der staatlichen Ausgaben.

Lenkungsabgaben: Damit soll gesellschaftlich nicht erwünschte Verhaltensweisen beeinflusst werden. Mit Vergünstigungen kann umgekehrt gewünschtes Handeln gefördert werden.

Umverteilungszweck: Damit wird eine gesellschaftlich gewünschte Umverteilung von Einkommen und Vermögen erreicht. Dazu gehört z.B. die Progression bei der Steuererhebung, also dass jemand prozentual mehr besteuert wird als eine Person mit vergleichsweise weniger Einkommen. Dies geschieht aus dem Bewusstsein, dass eine zu starke Ungleichverteilung eine Gefahr für die Gesellschaft darstellt.

Bei späteren Folien wird dann auch deutlich, dass der Umverteilungszweck der Steuern nicht annähernd ausreichend greift, um eine Akzentuierung der Ungleichverteilung zu verhindern geschweige denn umzukehren. Lanciert von der AL. Wäre ohne grosse Unterstützung der SP nicht zu Stande gekommen. In weiteren Kantonen haben ebenfalls Abstimmungen stattgefunden, diese wurden meist nur knapp abgelehnt und stattdessen ein (zahnloser) Gegenvorschlag angenommen. Unternehmenssteuerreform III: Was ist der Stand hier? Nationale Erbschaftssteuer: SP-Initiative die voraussichtlich nächstes Jahr zur Abstimmung kommt.

Angesichts der Initiative hat der Bundesrat bereits im Vorfeld eine Verschärfung der Bedingungen im Jahr 2012 beschlossen. Daher stellt er der Initiative selber keinen Gegenvorschlag gegenüber. Pensionspreis; Preis der monatlich bezahlt wird für eine betreute/bewirtete und temporär genutzte Wohnung/Zimmer. Wichtig: Das sind nicht die Steuern, die bezahlt werden müssen, sondern auf die so geschätzten Werte bezahlen sie Steuern (darauf werden dann die Steuersätze wie für alle anderen berechnet) Die Bundesverfassung schreibt vor, dass die «Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit» zu erfolgen hat. Dem widerspricht die Bevorzugung einiger Superreicher: Pauschalbesteuerter Ausländer profitieren von einem tieferen Steuersatz als gewöhnliche Steuerzahlende mit einem Lohnausweis. Sie bezahlen auch weniger als gleich reiche Schweizer. Mehr Steuereinnahmen! Erfahrungen zeigen, dass Einnahmen nach



der Abschaffung gestiegen sind. Mit gesamtschweizerischer Abschaffung fällt Steuertourismus zwischen Kantonen weg. Danke für die Aufmerksamkeit und an der Urne für ein kräftiges Ja. (Applaus)

2. Volksinitiative vom 2. November 2012 «Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen»

Bea Heim, Nationalrätin

53 % der Stimmenden würden heute die Ecopop-Initiative annehmen. «Stopp der Überbevölkerung- zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen“, offenbar ein verführerischer Titel. Er spricht zum einen all jene an, die am 9. Februar der MEI zugestimmt haben. Und mit der „Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen«, all jene, die sich um die Umwelt sorgen. Ecopop ist eine Angstmacherinitiative. Ihre Vorschläge unbrauchbar. Schlimmer noch, die Initiative schiebt die Schuld an unseren Problemen den AusländerInnen zu, jenen die in die Schweiz kommen und jenen, die in Entwicklungsländern eine höhere Geburtenrate haben als wir in Europa.



Schlicht eine fremdenfeindliche Initiative mit einem grünen Deck-Mäntelchen. Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit werden da zu Sündenböcken abgestempelt, als Gefahr für unsere Lebensgrundlagen. Eine Grundhaltung, die inakzeptabel ist. Nicht wir sind in den Augen der Ecopop-Leute schuldig am drohenden ökologischen Kollaps, sondern die andern, die ausländischen Arbeitskräfte in der Schweiz, die Asylsuchenden und das Bevölkerungswachstum in der Dritten Welt. Darum will die Initiative das Bevölkerungswachstum bremsen, in der Schweiz und in Entwicklungsländern.

2 Massnahmen schlägt sie vor. 1. Will sie die Zuwanderung in die Schweiz auf 0,2% der Schweizer Wohnbevölkerung begrenzen. Damit geht sie zahlenmässig viel weiter als die SVP-Initiative vom 9.

Februar. Pro Jahr dürften noch maximal 16'000 Menschen in die Schweiz kommen. Das reicht nie, um den heutigen Fachkräftemangel schon nur in der Gesundheitsversorgung und Forschung aufzufangen. Von diesen 16'000 sind noch mind. 9000 von vorneherein für die Liebe zu reservieren. Jedes Jahr heiraten nämlich 9000 SchweizerInnen eine Ausländerin oder einen Ausländer. Bleiben noch 7000 Plätze übrig.

Doch wo bleibt da die Humanität der Schweiz, die Möglichkeit Flüchtlinge aufzunehmen. Asylsuchenden in unserem Land Schutz zu geben, weil sie in ihrem Land Tod und Folter ausgeliefert wären. Ecopop will die Schweiz schliessen, völlig abschotten. Und nicht zu vergessen ist, im Ausland leben über 730'000 SchweizerInnen. Wenn nur 1% heimkommen möchte, wäre das mit Ecopop nicht mehr möglich. X hundert SchweizerInnen könnten nicht zurück in ihre Heimat.

Krass und abstrus ist diese Initiative. Sie zwingt die Wirtschaft, auf Grenzgänger und Kurzaufenthalter auszuweichen. Denn die sind von der Initiative nicht erfasst. Das Ausweichen auf Kurzaufenthalter fördert befristete und prekäre Arbeitsverhältnisse. Das führt zu massivem Lohndruck in bestimmten Branchen und schliesslich auf die Löhne generell in der Schweiz. Schlechtere Arbeitsbedingungen für alle und eine grössere Umweltbelastung wären die Folgen der Initiative. Weil Grenzgänger kommen oft von weit her und zwar mit dem Auto.

Ecopop ist keine Umweltinitiative sondern eine Anti-Einwanderungsinitiative. Würde sie angenommen, wären die Bilateralen völlig im Eimer und normalisierte Beziehungen zu Europa könnte die Schweiz vergessen. Denn die Übergangsbestimmungen der Initiative machen eine enge Zusammenarbeit mit der EU unmöglich. Von daher ist Ecopop schlicht ein Flop. Was die Schweiz braucht ist nicht diese Zuwanderungsbeschränkung sondern Investitionen in die Perspektiven der Menschen in diesem Land, einen Sondereffort bei der Bildung.

Als 2. Massnahme will Ecopop Kondome verteilen. 10% der Entwicklungshilfegelder sollen für freiwillige Familienplanung eingesetzt werden. Also 140 Mio, damit in der 3. Welt weniger Kinder geboren werden. Die Initiative ignoriert komplett die Zusammenhänge zwischen Armut und Kinderzahl. Es ist ein Hohn, zu meinen, ein Kondom helfe Frauen in Entwicklungsländern zu entscheiden, wann und ob sie Kinder wollen. Die Armut in diesen Ländern muss angegangen werden. Menschen brauchen Lebensperspektiven. Und es ist hanebüchern zu meinen, man tue was für den Erhalt der Lebensgrundlagen, indem man auf Familienplanung setzt statt auf Bildung, statt den Raubbau der Industrieländer an den Rohstoffen Afrikas zu stoppen. Es ist anmassend, kolonialistisches Herrenmenschentum: Entwicklungsländern sagen zu wollen, was sie zu tun haben. Weniger Menschen weniger Umweltprobleme, dieses Ecopop-Mantra ist falsch. Wer die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten will, muss nicht Bevölkerungspolitik machen, sondern eine konsequente Umweltpolitik. Nicht die Menschen in Entwicklungsländer sind eine Bedrohung für die globale Umwelt, sondern es ist unsere Lebensweise in den Industriestaaten. Würden alle Menschen so leben wie wir, bräuchte es nicht 1 sondern 3 Erden. Die

reichsten 10% der Weltbevölkerung verbrauchen 30% der fossilen Kohlenstoffe (Öl, Erdgas, Kohle). Die ärmsten 30% dagegen weniger als 10%. Die CO₂-Belastung in einem afrikanischen Land wie Niger z.B. ist 54-mal tiefer als in der Schweiz. Die USA allein verursachen 4x mehr an Umweltbelastung als Indien mit einer 4 mal grösseren Bevölkerung. Mit anderen Worten den Ecopopisten geht es nicht um die Umwelt, sondern um ihre eigene Lebensqualität und das auf Kosten anderer. Wer Politik Für und nicht gegen die Menschen macht sagt Nein zu dieser Initiative. Ecopop bringt der Umwelt nichts, schadet der Schweiz, der Wirtschaft, isoliert unser Land und führt letztlich in ein Verrat an unserer humanitären Tradition. In Bern wurde die Vorlag sehr klar und deutlich abgelehnt: NR mit 190 zu 3, im SR mit 44 Nein gegenüber 1 JA und 0 Enthaltungen.

Weniger Klarheit herrschte bei der Diskussion um die Gültigkeit der Initiative. Es ging darum zu klären, ob die Einheit der Form, die Einheit der Materie sowie das zwingende Völkerrecht eingehalten sind, zum Beispiel das Verbot der Rückschiebung in einen Staat, in dem Tod oder Folter drohen. Die SP zweifelte die Gültigkeit der Initiative. Derart abstrus sind die Forderungen. Wir haben uns gefragt, ob Einheit der Materie gegeben ist (Einwanderung und Kondome zum Schutz der UW?. Rechtsprofessoren, die Forderungen sollten ja beide, auch wenn bizarr, 1 einzigen Ziel dienen: Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen. Das ist in den Augen der Ecopopisten nur möglich, wenn die Welt von weniger Menschen bewohnt und beansprucht wird. Damit bestehe hier eine thematische Einheit. Die Mehrheit des Parlaments stimmte für Gültigkeit. Wenn uns also der Inhalt gegen den Strich geht, so ist der richtige Weg der, die Initiative an der Urne abzulehnen. (Applaus)

3. Volksinitiative vom 20. März 2013 «Rettet unser Schweizer Gold (Gold-Initiative)»

Roberto Zanetti, Ständerat

Liebe Genossinnen und Genossen. Diese Initiative ist richtig dumm und einen fertigen Chabis. Es gibt ja verschiedene Initiativen, solche hinter denen man stehen kann, andere dessen Zielsetzungen man bekämpft aber diese ist einfach nur dumm, eine klassische Stammtischinitiative. Ihr mögt euch erinnern, als die Nationalbank mal Gold verkauft hat, kam der Goldpreis ins rütteln. Alle kritisierten die Nationalbank man hätte auch zu einem anderen Zeitpunkt zu einem besseren Preis verkaufen können. Dann kam die Frage auf wie man dies verhindern könne, ja in dem man den Verkauf verbiete, sagten die Beserwisser. Genau so entstand diese Stammtischinitiative. Spätestens wenn man an einen Tisch sitzt und solche Initiativtexte formuliert sollte man merken wie dumm diese eigentlich sind. Ich will euch einige Zahlen sagen: Im Moment hat die SNB rund 1'000 Tonnen Gold, dies entspricht 128 Gramm pro Einwohner in der Schweiz, Deutschland hat 42 Gramm, USA hat 25 Gramm usw. Diese Pro Kopfverteilung macht auch irgendwie Sinn. Würde die Initiative angenommen, müsste die Schweiz für 65 Milliarden Franken Gold kaufen. Der Wert der heutigen Reserve entspricht ca. 35 Mia. Franken. Die Bilanzsumme der SNB beträgt heute rund 500 Mia. Franken, diese betrug im Jahr 2008 rund

170 Mia. Franken. Müsste die SNB jetzt dieses Gold kaufen, hätte sie fast gleich viele Goldreserven wie die Bilanzsumme 2008.

Die Initiative schreibt vor, dass die Goldreserven unverkäuflich sind, sie seien in der Schweiz zu lagern (innerhalb 2 Jahre nach Annahme) und die SNB hat ihre Aktiven zu einem wesentlichen Teil in Gold zu halten und darf 20% der Bilanzsumme nicht unterschreiten.

Etwas das man nicht mehr verkaufen kann, hat auch keinen Wert. Und bilanzieren kann man nur zu einem Veräusserungswert. Also zu einem Wert für den man etwas verkaufen kann. Wenn dies per Verfassung verboten wäre dieser Wert bei 0.- Franken. Dies entspricht totem Kapital. Und jetzt stellt euch vor, angenommen die Initiative kommt an der Urne durch, die ganze Welt weiss dass die Schweiz jetzt riesige Goldmengen kaufen muss, dann explodiert der Goldpreis. Die Schweiz müsste aber gemäss Verfassung für Milliarden von Franken Gold kaufen, die in der gleichen Sekunde auf 0.- abgeschrieben werden müssten, weil sie unverkäuflich wären. Die ist die grösste Form von



Vernichtung des Volksvermögens.

2011 waren der Franken und der Euro ca. 1:1, die Preise der Exportgüter stiegen in die Höhe. Für die Wirtschaft war diese Preissteigerung schlimm, insbesondere den daraus resultierenden Nachteil gegenüber der Konkurrenz. Dann hat die SNB reagiert, stützte den Frankenkurz indem sie Devisen zugekauft hat. Mit dieser Initiative müsste sie von jedem Franken Stütze, 20 Rappen in Gold investieren. Denn in der Initiative steht dass 20% in Gold gehalten werden muss. Käme es z.B. wieder zu einem Stützkauf, würde sich 1/5 der Summe neutralisieren, der Goldberg steigt, theoretisch bis 100% und wäre unverkäuflich.

Diese Initiative ist unter jedem Titel ein Schwachsinn, entweder neutralisiert sie Volksvermögen oder sie zwingt die SNB untätig zu bleiben und damit kommt auch wieder die Wirtschaft in Schwierigkeiten. Würde der Euro wieder fallen, wäre die SNB machtlos und die Wirtschaft würde zusammenfallen. Hinter der

Initiative steht die SVP mit Lukas Reimann, Ulrich Schlüer und Luzzi Stamm. Die stehen uns ja alle nicht besonders nah, aber vermutlich haben sie nicht weit gedacht. Diese Initiative gehört wuchtig abgelehnt. (Applaus)

Die SP des Kantons Solothurn übernimmt in der Regel bei nationalen Vorlagen die Parolen der SPS:

JA: Pauschalbesteuerung

NEIN: Ecopop

NEIN: Gold

Alle Referentinnen und Referenten erhalten eine Flasche Rotwein.

9. **Varia**

Franziska Roth:

Bitte nehmt Abstimmungsmaterial mit, es liegt alles auf und kommt an die Kundgebung gegen Ecopop nach Bern und wer am Samstag nicht an die DV der SPS geht, soll doch ans Röstiesen nach Solothurn kommen.

Keine Wortbegehren.

Die SP Zuchwil hat jetzt ein Apero vorbereitet, dafür ein grosses Dankeschön, auch für das Gastrecht und dass wir in diesem schönen Saal unsere Versammlung durchführen durften.

Der Parteitag ist geschlossen: Applaus

Für das Protokoll: Niklaus Wepfer, 16. Dezember 2014

